

Fürstencell | 20.09.2011 | 18:55 Uhr

Wegen Griechen-Hilfe: Steuerberater zahlt keine Steuern mehr

von Karolina Mahrla



Er kennt die Paragraphen und hat seine Steuern bisher immer pünktlich überwiesen. Doch wegen der derzeitigen Regierungspolitik sieht sich Markus Zwicklbauer zum zivilen Ungehorsam gezwungen. –

Foto: Mahrla

Markus Zwicklbauer ist seit über 30 Jahren Steuerberater. Stets mahnte er seine Kunden, ehrlich mit dem Fiskus zu sein und pünktlich die Steuern zu überweisen. Jetzt aber weigert er sich selbst, seine Einkommensteuer abzurufen, denn: "Es kann nicht sein, dass wir mit unseren Steuern für den Schlendrian von Griechenland und anderen EU-Staaten zahlen."

Markus Zwicklbauer gehört wohl zu den Menschen, die man derzeit "Wutbürger" nennt. Der großgewachsene Mann sitzt in Hemd und Krawatte an seinem Schreibtisch und blättert in einem Hefter mit Zeitungsartikeln. Täglich durchforstet der Steuerberater aus Fürstencell den Wirtschaftsteil der Zeitungen und sammelt Berichte zur aktuellen Eurokrise. "Die Rettung Griechenlands ist alternativlos", zitiert er aus einem Artikel. "Wenn ich das schon höre. Alternativlos ist nur der Tod!"

"Nicht alles über sich ergehen lassen" Wie viele Deutsche ärgert sich der 58-Jährige über die Milliarden von Euro, die die Bundesrepublik derzeit für Krisenstaaten wie Griechenland oder Portugal bereitstellt. Während die meisten jedoch nur schimpfen, lässt Zwicklbauer seiner Wut nun Taten folgen: Er – der Steuerberater, Buchprüfer und Rechtsbeistand – zahlt ab sofort keine Einkommensteuer mehr.

Das Finanzamt in Passau hat er bereits informiert. In einem Brief an den Fiskus schreibt der Vater von zwei erwachsenen Kindern: "Ich sehe keine andere Möglichkeit mehr als die Gewissensentscheidung des zivilen Ungehorsams. Ab sofort werde ich keine Einkommensteuerzahlungen mehr an das Finanzamt leisten."

Als Schlüsselerlebnis beschreibt der 58-Jährige den Krieg im Kosovo in den 90er Jahren. Damals hätte er sich nicht auffaffen können, an Demonstrationen für einen rechtzeitigen NATO-Einsatz teilzunehmen. Mittlerweile ist er überzeugt, dass die Bürger nicht alles über sich ergehen lassen sollten, was Politiker für sie entscheiden. "Wenn ich die Zeit hätte, würde ich Proteste über Facebook organisieren", sagt Zwicklbauer. Bei seinem hohen

Arbeitspensum bleibe ihm aber keine andere Form des Widerstands. Mit dem öffentlichen Protest wolle er einen Stein ins Rollen bringen und möglichst viele Menschen dazu animieren, auch aktiv zu werden.

Ursprünglich stammt Zwicklbauer aus einer kleinen Landwirtschaftsfamilie im Landkreis Passau. Er ist damit aufgewachsen, dass die eine Generation Verantwortung für die nächste trägt, erklärt er: "Man versucht, den Besitz der Familie zu bewahren und möglichst zu vermehren und ihn dann an die Nachkommen zu übergeben." Die derzeitige Entwicklung seines Landes sieht der Fürstenzeller deshalb mit großer Sorge. Die Folgen würden nicht nur ihn, sondern auch seine Kinder und Enkel treffen.

Von seinem Notar hat der 58-Jährige inzwischen ein Treuhandkonto errichten lassen. Auf dieses will er künftig alle Einkommensteuern pünktlich bezahlen. Das Finanzamt könne jederzeit uneingeschränkt über die Beiträge verfügen, wenn "nachgewiesen und sichergestellt wird, dass diese in Deutschland zum Nutzen der deutschen Bürger verwendet und nicht ins Ausland verschwendet werden".

Jedoch darf man dies eher als symbolische Aktion sehen. Denn das Finanzamt kann unmöglich entscheiden, ob die Gelder des Steuerberaters in den örtlichen Kindergarten oder in Kredite für Griechenland fließen. Das bestätigt Brigitte Behammer, stellvertretende Chefin im Passauer Finanzamt: "Wir sind nur dafür zuständig, dass der Staat sein Geld bekommt."

Schlimmstenfalls droht der Vollzug – Behammer kennt Zwicklbauer seit Jahren. Als sie von seinem Widerstand hörte, war sie erst einmal verblüfft. Ein derartiger Fall sei ihr noch nie untergekommen. "Es gibt zwar eine Handvoll Leute im Landkreis, die die Existenz der Bundesrepublik leugnen und deshalb ihre Steuern nicht zahlen wollen", erklärt sie. Aus Protest über die Regierungspolitik hätte sich aber noch nie jemand mit den Steuereintreibern angelegt.

Persönlich findet Behammer die Aktion mutig, glaubt aber, dass der Effekt nicht ausreichen wird. "Wenn man etwas bewegen will, muss man im Kollektiv agieren, so dass die Politik nicht mehr die Augen verschließen kann." Das Finanzamt wird Zwicklbauer behandeln wie jeden anderen, der seine Abgaben nicht zahlt. Er bekommt eine Mahnung, dann eine Ankündigung zur Vollstreckung – und im schlimmsten Fall steht irgendwann der Gerichtsvollzieher vor der Tür.